

Arbeit statt Armut

In der Diskussion um Armut in Deutschland werden immer wieder Forderungen nach gesetzlichen Mindestlöhnen und zusätzlichen Sozialleistungen laut. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass dies der falsche Weg zur Armutsbekämpfung wäre:

Fakt: Beschäftigung ist der beste Schutz vor Armut.

- Arbeitslosigkeit ist und bleibt die Hauptursache für Armut in Deutschland.
- Statt Armut als Symptom zu bekämpfen und nach zusätzlichen Sozialtransfers zu rufen, muss die wesentliche Ursache der Armut bekämpft werden: Mehr Menschen müssen in Arbeit gebracht, die Beschäftigungschancen verbessert und der Einstieg in Arbeit erleichtert werden.
- Ein Haupthindernis für den Einstieg in Beschäftigung und damit auch ein Armutsrisikofaktor ist ein geringer Bildungsstand: Die Arbeitslosenquote Geringqualifizierter ohne Berufsabschluss ist fast neunmal so hoch wie die von Hochqualifizierten mit einem Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluss (21,9 % vs. 2,5 % im Jahr 2009 (IAB, 2011).

Irrtum: Mindestlöhne schützen vor Armut.

- Gesetzliche Mindestlöhne, die eine produktivitätsorientierte Entlohnung einfacher Tätigkeiten verhindern, vernichten bestehende bzw. potenzielle Arbeitsplätze gerade für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose. Sie grenzen dadurch solche Menschen regelrecht vom Arbeitsmarkt aus.
- Über 98 % aller Vollzeitbeschäftigten verfügen über ein existenzsicherndes Einkommen. Arbeitnehmern, die ein solches z. B. wegen fehlender Qualifikation nicht erzielen können, gewährleistet das Arbeitslosengeld II ein Mindesteinkommen – umgerechnet auf eine Vollzeitstelle i. H. v. rd. 5,50 € für Alleinstehende und für Verheiratete mit zwei Kindern von fast 11 € pro Stunde.
- Mehr als 80 % der vollzeitbeschäftigten „Aufstocker“ beziehen nicht wegen niedriger Stundenlöhne ergänzendes Arbeitslosengeld II, sondern weil sie familiär bedingt einen erhöhten Grundbedarf haben. Ein in Berlin lebender verheirateter Alleinverdiener mit Kindern muss beispielsweise mehr als 14 € pro Stunde verdienen, um den Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II vollständig zu verlieren.

Irrtum: „Hartz IV“ und Niedriglohnbeschäftigung zwingen Menschen in Armut.

- Arbeitslosengeld II ist kein Indiz für einen vermeintlichen Sozialabbau, sondern im Gegenteil ein Solidaritätsbe-

weis, für den die Gesellschaft jährlich mehr als 45 Mrd. € aufwendet.

- Bedürftige Arbeitslose werden heute besser bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt gefördert als früher. Durch das Arbeitslosengeld II wurden die staatlichen Ausgaben für bedürftige Arbeitslose auch nicht gesenkt, sondern sogar erhöht.
- Die Zunahme von Niedriglohnbeschäftigten lässt die Armutsquote nicht steigen: 84 % der Geringverdiener haben weitere Einkommensquellen und erzielen ein Gesamteinkommen oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle (IW, 2011).

Aussagen des 3. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung (Juni 2008):

- Beschäftigung ist der Schlüssel zur Armutsvermeidung.
- Gute Bildung ist Voraussetzung für gute Ausbildungs- und Beschäftigungschancen, jedoch hängen die Chancen von Kindern zu stark vom Bildungsniveau der Eltern ab.
- Reformen am Arbeitsmarkt stützen den Aufschwung – insbesondere die in der Schwächephase der Konjunktur eingeleiteten Arbeitsmarktreformen waren erfolgreich.
- Flexible Beschäftigungsformen wie Selbständigkeit, geringfügige Beschäftigung und Zeitarbeit haben mehr Menschen in Beschäftigung gebracht.
- Frauen nutzen ihre Chancen – sie holen im Bildungsbereich und bei der Erwerbsbeteiligung auf.
- Erwerbsarbeit der Eltern senkt das Armutsrisiko von Kindern – daher kommt einer flexiblen wie qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung zentrale Bedeutung zu.
- Altersarmut ist kein aktuelles Problem: Ende 2006 bezogen nur 2,6 % der Frauen und 1,8 % der Männer und damit insgesamt 2,3 % der Menschen im Alter ab 65 Jahren Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Fakt: Relativ arm ist nicht zwangsläufig bedürftig.

- Der relative Armutsbegriff, der u. a. im Armutsbericht der Bundesregierung verwendet wird, hat nichts mit Bedürftigkeit zu tun. Er sagt nur etwas über die relative Einkommensposition gegenüber anderen aus. Eine Verdopplung bzw. Halbierung aller Einkommen ändert nichts an der Verbreitung relativer Armut.
- Der relative Armutsbegriff hat absurde Konsequenzen: Je mehr Reiche in ein Land einwandern, desto mehr steigt danach die Armut.
- Aussagekräftiger als der abstrakte Armutsbegriff ist das sog. soziokulturelle Existenzminimum – verstanden als

ein Einkommen, das Hilfebedürftigen und ihren Familien ein Mindestmaß an Lebensstandard und gesellschaftlicher Teilhabe gewährleistet. Es wird anhand der tatsächlichen Verbrauchsausgaben der unteren Einkommensschichten berechnet. Die Fürsorgeleistung Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) deckt das soziokulturelle Existenzminimum ab, sichert Hilfebedürftigen den Lebensunterhalt und bildet ein auch im internationalen Vergleich wirksames Schutzsystem vor Armut.

Irrtum: Armut in Deutschland ist besonders hoch.

- Das Gegenteil ist richtig: Das Armutsrisiko lag 2009 in Deutschland bei 15,6 % (Statistisches Bundesamt, 2011). Damit lag die Quote unterhalb des EU-27-Durchschnitts von 16,4 % (Statistisches Bundesamt, 2011).
- Bildung und Erwerbstätigkeit sind die beste Versicherung gegen Armut: Ein deutscher Hochschulabschluss verringert die Armutsgefährdung um rd. 7 %, eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit sogar um 10,5 % (DIW, 2010).
- Laut OECD zählt Deutschland zu den Staaten, in denen die Einkommensungleichheit am stärksten durch Steuern und Sozialtransfers reduziert wird.
- Die Kinderarmut in Deutschland betrug nach Angaben der OECD im Jahr 2008 8,3 %. Damit lag sie rd. 5 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt (EUROSTAT). Um die Kinderarmut weiter zu senken, müssen die Arbeitsmarktchancen v. a. von Frauen, u. a. durch den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen und Ganztagschulen, weiter verbessert werden. Nur 2,7 % der hilfebedürftigen Kinder haben eine voll berufstätige Mutter (IAB, 2011).

- Das Sozialbudget betrug 2010 rd. 761 Mrd. €. Damit gelangten rd. 31 % der Wirtschaftsleistung in die Umverteilung, prozentual doppelt so viel, wie in den 1950er Jahren.
- Der letzte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bezieht sich auf das Jahr 2005. Im Jahresdurchschnitt 2010 lag die Arbeitslosenzahl um ein Drittel niedriger als 2005. Besonders stark (-47 %) ging dabei die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen unter 25 Jahren zurück. Auch die Zahl der älteren Arbeitslosen (-23 %) hat sich erheblich reduziert.

Vergleichsdaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Absicherung von Arbeitslosen vom 18. Februar 2010:

„Auffällig ist, dass in Deutschland trotz der Hartz-Reformen Langzeitarbeitslose nach wie vor vergleichsweise wenig finanzielle Anreize haben, eine gering bezahlte, aber existenzsichernde Beschäftigung anzunehmen. So muss ein Alleinerziehender oder verheirateter Alleinverdiener mit zwei Kindern Einkommen von mehr als 60 % des Durchschnittslohns erzielen, ehe das Nettoeinkommen merklich über dem liegt, was ihm an Sozialtransfers zusteht. [...] Ein Grund dafür ist, dass Anreize zur Arbeitsaufnahme, etwa in Form von Freibeträgen im ALG II oder der Mini/Midijobs, vor allem auf geringfügige Beschäftigung konzentriert sind. Gleichzeitig unterliegen regulär beschäftigte Personen schon bei einem geringen Verdienst einer relativ hohen Steuer- und Abgabenbelastung.“

Publikationen

kompakt:

- Ältere Arbeitnehmer
- Altersarmut
- Arbeitslosengeld II
- Chancengleichheit von Frauen und Männern
- Frühkindliche Bildung
- Integration durch Bildung
- Kombi-Einkommen
- Mindestlohn

argumente:

- Arbeitsplätze statt Mindestlohn
- Mindesteinkommen statt Mindestlohn
- Mindestlohn – vom Ausland lernen
- Niedriglohnbereich: Sprungbrett in Beschäftigung

Ansprechpartner

BDA | DIE ARBEITGEBER

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Planung | Koordination | Grundsatzfragen

T +49 30 2033-1070

grundsatz@arbeitgeber.de

Die jeweils neueste Ausgabe und weitere Hinweise zu diesem Thema finden Sie unter www.arbeitgeber.de